

Spangenberg Zeitung.

Blatt für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Er scheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Vierteljahr 30.00 M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage Gaus und Ferd.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 31.50 M. Telegramm-Adresse: Zeitung. Ansprechender Nr. 27.



Anzeigen

werden die sechsgepaltenen 8 mm hohe (Weit-)Zeile über deren Raum mit 1.50 M. berechnet; auswärts 2.00 M. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 3.— M. Verantwortlichkeit für Platz, Datumsvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 20771.

Annahmehöhe für Offerten und Auskunft beträgt 50 Pf. Zeitungsbefragungen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdrucker Hugo Munzer, Spangenberg • Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 82.

Dienstag, den 18. Juli 1922.

15. Jahrgang.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 18. Juli 1922.

Silberhochzeit. Gestern feierten Herr Konrad Schöndel und Frau das Fest der silbernen Hochzeit. Dem Ehepaar unseren herzlichsten Glückwünsche.

Steuerabzug bei Stücklohn. In einzelnen Betrieben erhalten die Arbeitnehmer ihre Entlohnung nach den Richtlinien für Stücklohnarbeit. Danach sind ihnen, unabhängig von der tatsächlichen Stückleistung, wöchentlich oder an bestimmten Tagen eines Monats, als Abschlagszahlung nur der Grundlohn (einheitlicher Stundenlohn) auszuschlagen. Die Abrechnung über den Stücklohn und die Auszahlung des Stücklohnüberschusses erfolgt erst nach Feststellung der Stücklohnarbeit mindestens aber einmal im Monat oder nach einer bestimmten Anzahl von Wochen. Bei der Vornahme des Steuerabzuges den Einzahlungen entsprechend nach Wochen oder Stunden ergeben sich für die Arbeitnehmer solcher Betriebe mitunter Härten. Zu deren Vermeidung hat sich der Reichsminister der Finanzen damit einverstanden erklärt, daß die Abschlagszahlungen im Hinblick auf den Steuerabzug, als zu einer einheitlichen Lohnzahlungsperiode gehörig behandelt werden, so daß der Abzug erst bei der Teilzahlung für sämtliche bisher verrichteten Teilzahlungen vorzunehmen ist. Hierbei hat der Arbeitgeber dafür zu sorgen, daß die an sich bei den einzelnen Abschlagszahlungen vorabhaltenden Steuerbeträge bei der Schlussabrechnung zurückgehalten werden. Der Arbeitgeber wird infolgedessen die Abschlagszahlungen nur in solcher Höhe bemessen dürfen, daß bei der Schlussabrechnung der Steuerabzug gedeckt werden kann. Bei der Steuerberechnung sind jeweils die Steuerermäßigungen in der Höhe zu berücksichtigen, die sich aus der endgültigen Lohnabrechnung umfassenden Zeitnahme ergeben.

Erhöhung der Einkommengrenze für das Ruhegeld der Rente auf Grund der §§ 63 und 64 des Reichsversorgungsgesetzes (RVG.) vom 1. April 1920. Durch Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 16.

Mai 1922 wird die unterste Grenze des Einkommens, bei dem ein Teil der Rente auf Grund des RVG ruht, auf 18000 Mark festgesetzt. Das Fortschreiten des Ruhens der Rente je ein Zehntel tritt bei jeweilig 2000 Mark höherem Einkommen ein. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener (Berlin N. O. 18) hat von jeher die bestehenden Ruhebestimmungen auf das Schärfste bekämpft, und wird der Kampf nicht ruhen bis diese Ruhebestimmungen, die ein Sonderrecht und damit ein großes Unrecht für die Kriegsgesellen darstellen, vollständig beseitigt sind.

Vorsicht mit Beerenweinen. Die teuren Weinpreise haben dazu geführt, daß viele Familien mehr denn je dazu übergehen, sich Beerenweine selbst herzustellen. Wie vorsichtig man dabei, besonders aber bei der Aufbewahrung der Flaschen vorgehen muß und welche Explosionsgefahr in einer solchen gärenden Flasche steckt, zeigt folgender Vorfall, der einem Gastwirt passierte: Nichts ahnend ging der Mann in den Keller, plötzlich explodierte mit lautem Knall eine Flasche, die Scherben flogen umher und eins der scharfen Glasstücke drang durch Schuh und Strümpfe des Bieres tief ins Bein. Eine Ader wurde zerschritten, sodaß sich der Verunglückte in ärztliche Behandlung begeben mußte. Wie leicht hätte ihn ein Splitter an den Kopf oder gar in die Augen treffen können!

Aus Nah und Fern

Oberjahl. Das siebenjährige Söhnchen der Kriegermittwe Buchenau erlebte einen Neubau und führte ab. Das bedauernde Kind zog sich einen Schädelbruch zu, der den Tod darauf im Gefolge hatte.

Singelstädt. Der Rechnungsführer der hiesigen Ortstrantentasse Josef Wintgens, der wie seinerzeit berichtet, sich Unterschlagungen in Höhe von 35000 Mark zuschreiben kommen lassen, wurde von der Strafammer in Heiligenstadt zu vier Monaten Gefängnis verurteilt unter Zubilligung einer Bewährungsfrist von drei Jahren. Er hat jedoch eine Geldbuße von 3000 Mark in vierteljährlichen Raten zu entrichten. Wenn er diese Zahlung von je 1000

Mark nicht leistet oder sich von neuem in Konflikt mit dem Gericht bringt, tritt die Gefängnisstrafe auch trotz der Bezahlung in Kraft.

Reyershausen. Die Verpachtung unserer Gemeindejagd, die bisher jährlich 500 Mark einbrachte, ergab bei der Neuverpachtung eine jährliche Pachsumme von 30000 Mark.

Mühlhausen. Einer Frau aus Oberdorla wurden, während die hier in einem Hause Eier usw. verkaufte, ein Geldbetrag von 6550 Mark, den sie in einer Düte im Korbe liegen hatte, entwendet.

Selbstmord der Rathenau-Mörder

Sonderdepesche. Halle a. d. S. Die Rathenau-Mörder wurden gestern Abend durch die Kriminalpolizei aus Halle auf der Burg Saaleck bei Bad Cöfen ermittelt. Die beiden Mörder haben sich vor ihrer Festnahme im Burgturm erschossen.

AMBI-Getreidemäher

Sofortige Lieferung!

Landmaschinen-Händler drahten an: Ambizweig Merseburg

AMBI-Werke Abt. II/J. 52 Merseburg

Spitzen.

Roman von Paul Lindau

Copyright 1920 by Wemanns Zeitungsverlag, Berlin W 66.
„Noch einen Augenblick!“ hat Wildide in fleherndem Tone. „Ich bitte Sie, Herr Kommissar! Nur noch einen Augenblick! Ich sage Ihnen alles!“
„Bleiben Sie da am Ausgang stehen!“ gebot der Kommissar seinen Leuten. „Der Mann will mir noch etwas sagen.“ Und zu Wildide gewandt: „Machen Sie's kurz.“
„Nun also! Die Nofe ist ein gutes Mädchen. Sie sucht, eine unvorsichtige Aeußerung von ihr könne mir schaden. Ja, ich habe sie auf den Wilhelmplatz bestellt. Das ist wahr. Ich sollte die beiden kleinen Paketchen, die mir hatte gegeben hatte, in ein Haus bringen, das für mich nicht geheuer war, weil ich scharf beobachtet wurde. Und da habe ich ihr gesagt: Nofe, nimm mir den Weg ab. Und das arme Mädchen, das von nichts wußte, hat mir den Gefallen getan! Herr Kommissar! Das ist die Wahrheit! Und wenn Nofe Ihnen nun sagt, wo sie die Paketchen abgegeben hat, und wenn Sie da finden, was Sie suchen, dann sehen Sie doch, daß mir keinen Vorteil von der Sache gehabt haben. Und Nofe hat nichts davon gemußt, Herr Kommissar. Und dann lassen Sie die Nofe doch laufen? ... Nun Nofe, sage nur dem Herrn Kommissar ganz offen, wohin du die Paketchen gebracht hast!“
„Nach der Mehnstraße zu Freeder!“ sagte Nofe.
„Zum Tigel-Eden!“ „So, so!“ versetzte der Kommissar. „Hat der Mann seine Tätigkeit wieder aufgenommen? Nun, dann werden wir die Sachen schon finden!“
„Aber nun lassen Sie die Nofe doch laufen?“
„Noch nicht! Vor der Hand bleibt Nofe im Gewachsan. Wir werden heute nacht noch die Wohnung des Tigel-Eden und Nofens Zimmer genau durchsuchen; wenn wir beim Tigel-Eden das finden, was wir suchen, und bei Nofen nichts, wenn sich herausstellt, daß Nofe wirklich bloß eine Dummkopf begangen hat, dann mag sie sich metnehthalben zum Teufel fäheren! Und nun vorwärts!“

Während Wildide anscheinend nach seinem Gute suchte, flüsterte er wieder ganz schnell: „Nimm alles! rick' aus!“ Der Kommissar merkte wohl, daß der Humpelstirne ihr etwas zugeflickt hatte, aber nur Nofe hatte ihn verstanden.
„Und nun vorwärts!“ kommandierte der Kommissar.
Wildide, von dem einen Kriminalschußmann geführt, einen anderen zu seiner Linken und gefolgt von einem Schußmann in Uniform, schritt dem Ausgang zu. Der Wachmeister ging vor diesen her. Die beiden anderen Kriminalschußleute nahmen Nofen in die Mitte, und der Schußmann in Uniform folgte ihnen.
In zwei Tropfen wurden die Verhafteten nach dem Wolfenmarkt befördert. Beher fuhr in derselben, in die Wildide gebracht worden war. Wildide bemühte sich unterwegs noch mit aller Kraft, Nofens völlige Unschuld zu beteuern und das Mädchen als ein belagertes Opfer seiner Feigheit hinzustellen.
„Wenn Sie vor lauter Klugheit nicht blödsinnig geworden wären,“ sagte Beher ruhig, „hätten Sie dem Mädchen alle Unannehmlichkeiten ersparen können.“
„Ja, Herr Kommissar, ich bin dumm gewesen, das sehe ich ein! Aber ich will meine Dummheit ja nieder gut machen. Das müssen Sie doch merken. Und Sie werden beim Tigel-Eden alles finden, wenn er es nicht schon beiseite geschafft hat.“ Wildide rednete in der Tat darauf, daß die vom Tigel-Eden verrenteten Perlen und Steine in die Hände der Polizei fallen würden, und daß dieser Fund zu der Annahme verleiten würde, der Tigel-Ede habe alle Kostbarkeiten des Diebstahls an sich gebracht. Er hoffte, daß dadurch Nofe von der verbrederischen Gemeinamkeit losgelöst werden würde. „Aber dem Tigel-Eden,“ fuhr er fort, „werden Sie mehr glauben, als mir, und er wird aus Mache dafür, daß ich ihn bereingelegt habe, furchtbar lügen, um mich anzuschwätzen und die arme Nofe aus, die von der ganzen Sache nichts weiß!“
Beher ließ den Humpelstirnen ruhig sprechen.
„Wenn Sie mir das nur glauben möchten, Herr Kommissar! ... Nofe hat mit der ganzen Geschichte wahr und wahrhaftig nichts zu tun! Aus dummer Gutmütigkeit hat sie die Sachen hingebracht.“

„Nun lassen Sie's gut sein, Wildide, wir werden ja sehen! Wir unterhalten uns heute Abend oder morgen früh noch über die Sache! Vorläufig ist nichts zu machen!“

Wildide und Nofe wurden in die Isolierzellen des Postzeitgewahrsams eingeschlossen.

In derselben Nacht wurde bei Eduard Freeder in der Mehnstraße, der sich auf dem Schilde an seiner Tür als Inhaber eines „Kommissionsgeschäfts“ bezeichnete, unter Beher's Leitung eine strenge Hausdurchsuchung vorgenommen. Man beschlagnahmte allerhand Gerate, einen kleinen Schmuckkasten, Örtchen, feuerfeste Tiegeln, Zangen, die Schläcke im Kohlenbecken, verschiedene Barren Gold und Silber, eine beträchtliche Anzahl von Kunstgegenständen, Schutzeisen aus Eisen, in, Nickelarbeiten und dergleichen, eine Masse Gesteine von mäßigen Werte, davon abgesehen, in Zeitungspapier eingeschlagen, ein Paket mit vier herrlichen Saphiren und sieben großen Brillanten von außerordentlicher Schönheit, und ein anderes mit sechs großen grauen Perlen. Beher mußte, daß Saphire, Brillanten und graue Perlen gestohlen waren. Er vermutete jedoch und mit Recht, daß diese Juwelen, deren Kostbarkeit selbst dem Laien auffallen mußte, aus dem Diebstahl der Gräfin Jened herührten.

Eduard Freeder, der sogenannte „Tigel-Ede“, wurde trotz heftigen Protestierens sofort verhaftet. Die beschlagnahmten Gegenstände, die ohne Miße transportiert werden konnten, wurden in polizeiliche Verwahrung genommen. Die Wohnung wurde amtlich versiegelt.

Bei Nofe Mookel fand man natürlich nichts. Für so dumm konnte man übrigens sofort verhaften. Die Nofe hatten, daß sie in dem kleinen, leicht durchsuchten Zimmer, das sich der Aufmerksamkeit der Behörden zunächst aufdrängte, so verhängliche Kostbarkeiten unterzubringen den Versuch machen könnten. Die Sachen, die noch fehlten, waren sicher durch die Hand des „Tigel-Eden“ gegangen, und da waren ohne Zweifel die Abzugskonten zu suchen.

(Fortsetzung folgt.)

Das Valutaesend.

Das Vertrauen des Auslandes auf unsere Kreditwürdigkeit ist erschüttert. Man vergewaltigt sich nur, 1 Dollar kostete am 10. Juli 530 Mark, das heißt, die Vereinerung der Papiermark beträgt etwa 0,7 Prozent der Friedensbewertung, also etwa den 130. Teil der Goldmark. Inzwischen hat sich die Reichsmark ja wieder ein bißchen erholt. Doch deutet alles darauf hin, daß sie ihren tiefsten Stand immer noch nicht erreicht hat. Wo aber wird diese Abwärtsbewegung haltmachen? Eine bange Frage.

Schon zeigen sich jetzt die Weichen einer neuen Teuerungswelle. Der Weltmarktpreis ist wieder Kilometerweit vorangeht. Der Inlandspreis wird folgen. Der Binnenwert der Mark wird dem Außenwert nachellen. Die Folgen davon sind erbitterte Lohnkämpfe, Tarifumwälzungen, Herrichtung der öffentlichen Finanzen, neue Preisrevolutionen, wachsende Verelendung der wirtschaftlich Schwachen.

Man sucht nach dem Schuldigen, der das Barometer des Volkswohlfühlers, die Valuta, so tief zum Sinken brachte. Man schiebt von dänischen Warenhäusern der Spekulation im In- und Ausland, von Devisenbankrott im Inland, die im Verein mit dem für die Zulieferungszahlung Devisen tausenden Reich die Markt vor der Mark und damit die Jagd nach fremden Wäutern vergewaltigen. Sind das aber wirklich die Hauptschuldigen der Valutakatastrophe?

Abgesehen davon, daß der Mord an Massenaut unsere Kreditwürdigkeit in den Augen der Weltfinanz erheblich vermindert hat, trifft die größte Schuld an unserem Valutastand das Ausland, in erster Linie Frankreich, welches die Pariser Anleiheverhandlungen durch sein hartnäckiges Verharren auf die Unantastbarkeit des Londoner Zahlungsplanes mit seinen unerschütterlichen Goldmilliardenforderungen wenigstens zur Ergebnislosigkeit verurteilt.

Der Mangel an Einigkeit hätte wieder einmal — wie oft schon in den letzten drei Jahren — über die Politik der wirtschaftlichen Vernunft gesetzt. Der zur Regelung einer internationalen Anleihe von den in Paris versammelten Bankiers bezeichnete günstige Augenblick ward verjährt.

Die Valuta hat sich inwärtigen gerächt. Sie gibt den Katastrophopolitiken nochmals ein schrilles Warnungssignal. Sie ruft ihnen zu: Setz eure Entschuldigungsverpflichtungen auf ein für Deutschland erschwerendes Maß herab! Dann kommt die internationale Anleihe für Deutschland, und damit bekommt ihr gläubigen Deutschlands Geld in die Hände, und Deutschland selbst ist eine Atempause gewährt. Seine Schuldverpflichtungen sind seiner Produktionskraft angepaßt. Damit hat auch der fremde Geldgeber Vertrauen auf die Sicherheit seines dem Schuldner Deutschland geliehenen Kapitals, desgleichen auf die Zahlung der Zinsen und Tilgungssummen. Von diesem Vertrauen hängt der Anleiheertrag ab. Das ist die erste unerlässliche Voraussetzung seiner Erhaltung.

Potomac hält nach seinen Erklärungen der letzten Tage eine andere Voraussetzung für die wichtigste. Deutschland müsse zuerst seine Finanzen ordnen, zwischen Einnahmen und Ausgaben ein Gleichgewicht herstellen. Ist das aber möglich, solange der unsichere konstante Geldwertverfall jeden noch so feinsten geschäftlichen Haushaltsplan des Reiches über den Haufen wirft, wie der Windstoß ein Kartenhaus?

Da ja sowohl über Markt die Ausgaben, besonders die des Goldhaushaltes der Kriegsschuldungen, so phantastischen Milliardenhöhen an. Die Ausstellungen einer Gleichgewichtsbildung zwischen Einnahmen und Ausgaben werden geringer. Mit neuen Steuern kann man allein nicht helfen. Im übrigen sind die Einnahmequellen erschöpft, die Höchstgrenze der Belastung ist erreicht, sicherlich, wenn die Zwangsanleihe verabschiedet ist.

Darum ergibt sich folgendes: Unsere Verjüngung, die Reichsfinanz zu ordnen, haben nur dann Erfolg, wenn wir mit einem einigermaßen feststehenden Geldwert rechnen können. Diese Marktlosigkeit hat aber nur Aussicht auf Bewirtlichung, wenn die äußere Anleihe gewährt wird und damit zugleich die den Marktes drückenden Devisenzahlungen eine Zeitlang ausgesetzt. Das hat zur Folge, daß die Ausgabenposten im Reichshaushalt sich um einen Teil der Kriegsschuldungen mindern. Während dieser Atempause konnte ein Sanierungsversuch der Reichsfinanz ein Erfolg sein.

Wir sehen also, daß die Anleihe das erste und wichtigste ist, und die damit verbundene neue Regelung der Kriegsschuldung.

Die Einkommensteuer.

Erleichterungen für die Einkommen bis 100 000 Mark.

Folge der andauernden Geldentwertung haben Regierung und Reichstag zu einer Verringerung des Reicheinkommenssteuergesetzes fürchten müssen. Bisher waren bis 50 000 Mark Einkommen 10 Prozent zu bezahlen, in Aussicht stellen diese 10 Prozent für den erheblichen Einkommen bis zu 100 000 Mark. Auch sonst sind infolge Erhöhung der auf Erziehung und Ausbildung und Werbungskosten entfallenden Abzüge Erleichterungen beschlossen worden, die für Einkommen bis 100 000 Mark sich ganz besonders sichtbar machen werden.

Die Einkommensteuer beträgt für die ersten 100 000 Mark 10 v. H., für die weiteren 50 000 15 v. H. und steigt immer um 5 v. H. weiter bis auf 60 v. H. Was die Abzüge anbetrifft, so ist für Mann und Frau der jährliche Betrag von je 240 Mark auf je 480 Mark verdoppelt worden, für jedes minderjährige Kind von bisher 480 Mark auf 960 Mark. Der erste Abzug gilt aber nur für Einkommen bis 100 000 Mark, der Abzug für jedes Kind für Einkommen bis 200 000 Mark. Der für Werbungskosten anzusetzende Betrag soll von 540 auf 810 Mark erhöht werden. Der Abzug beträgt 2000 Mark

für Steuerpflichtige, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind und nicht über 50 000 Mark Einkommen haben.

Auf Grund dieser Beschlüsse des Steuerausschusses des Reichstages stellt sich die Steuer für eine Familie mit zwei Kindern wie folgt: Einkommen 100 000 Mark, also 10 Prozent Steuer gleich 10 000 Mark. Davon gehen ab zweimal 480 Mark für Mann und Frau mit 960 Mark; zweimal 960 Mark für jedes Kind gleich 1920 Mark und einmal Werbungskosten 810 Mark, insgesamt 3690 Mark Abzüge von 10 000 Mark, so daß als endgültige Steuer 6310 Mark zu bezahlen sind. Diese erhöhten Abzüge bedeuten eine wesentliche Erleichterung gerade für die unteren Einkommen.

Diese Änderungen wurden im Reichstag in zweiter Lesung angenommen. Ein kommunistischer Antrag auf Steuerfreiheit bis zu 100 000 Mark Jahres-einkommen wurde abgelehnt und die oben mitgeteilten Erleichterungen angenommen. In der Annahme der Vorlage in dritter Lesung ist nicht zu zweifeln.

Die Reparationsverhandlungen.

Das Garantiekomitee noch in Berlin.

Die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee sind entgegen anderslautenden Meldungen noch nicht abgeschlossen. Das Garantiekomitee ist noch nicht nach Paris abgereist. Bevor es zu einem Abschluß der Verhandlungen kommt, wird sich das Reichskabinett, in dem am Sonntag der Reichsfinanzminister Dr. Henneke und der aus Paris zurückgekehrte Staatssekretär Schöber beräteten, noch eingehend mit diesen Verhandlungen beschäftigen. Alsdann wird sich das Garantiekomitee nach Paris begeben, um der Reparationskommission Bericht zu erstatten.

Alle Vorarbeiten sind nach der bevorstehenden Auseinandersetzung über den Bericht zu einem erbitterten Ringen zwischen französischen und englischen Ansprüchen führen. Offenbar sind die Meinungen innerhalb des Garantiekomitees selbst schon geteilt. Nur so ist es zu erklären, daß ein Teil der Ententepresse von einem befriedigenden Verlauf der Berliner Verhandlungen spricht, während die rechtsrheinische Pariser Presse von schweren Verletzungen Deutschlands zu berichten weiß und alle Moratoriumspläne von vornherein ablehnt.

Nach einer Darstellung von deutscher Seite sind die Vorwürfe der Pariser Presse ganz unberechtigt. Das Garantiekomitee hat sich in seinen Verhandlungen von allem mit der Frage befaßt, welche Wirklichkeiten dafür geschaffen werden können, daß Deutschland seinen künftigen Aahlnungsverpflichtungen nachkommt. In Vorbergründ der Verhandlungen stand die Forderung, Maßnahmen gegen die Kapitalflucht ins Ausland zu schaffen. Man wird sich in dieser Hinsicht über die Grundlagen solcher Maßnahmen einigen, die auf dem Wege von Verhandlungen und auf gesetzgeberischem Wege zu treffen sind.

Politische Rundschau.

Berlin, 18. Juli 1922.

An Stelle des 11. August, des Tages der Annahme der Weimarer Verfassung, will die Deutsche Volkspartei den 18. Januar, den Tag der Reichsgründung, zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes machen.

Der Reichsverband der deutschen Polizeibeamten hat sich auf seiner Sonntagstages Tagung für das Gesetz zum Schutze der Republik ausgesprochen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand beruht den nächsten Parteitag auf Sonntag, den 17. September, und solche Tage nach Augsburg ein.

Der Führer der kommunistischen Fraktion im Thüringischen Landtage, der 37 Jahre alte Volksschullehrer Zerner in Eubandhausen bei Gotha, ist zum kommunistischen Kreisführer (S. 1) des Schulamtsbezirks Weimar II ernannt worden.

Der Vorbeamte Karl Emontz, einer der Führer der radikalen Arbeiterbewegung, ist durch Entschädigung eines Schiedsgerichts wegen parteischädigenden Verhaltens aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden.

Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat die Wochenchrift „Nordwest“, Herausgeber Deutschnationale Volkspartei, Landesverband Schleswig-Holstein, auf die Dauer von sechs Monaten verboten.

Die Vertagung der Regierungsumbildung bis zum Herbst. Die innerpolitische Lage wird gegenwärtig bedeutend ruhiger beurteilt als Ende vergangener Woche, wo sich die Situation bereits so verschärft hatte, daß man nahezu unmittelbar vor einer Reichstagsauflösung stand. Die Führer des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei legen die Verhandlungen über den Abschluß einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft fort, doch ist hierbei im Gegensatz zu den sozialistischen Einigungs-Versuchungen an keinerlei Verschmelzung der Parteien gedacht. Es handelt sich hier lediglich um eine Arbeitsgemeinschaft rein parlamentarischer Art. Praktisch würde es sich also um zwei Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Regierungsparteien handeln, um die sozialistische Arbeitsgemeinschaft und um die Arbeitsgemeinschaft der Mittelparteien. Eine endgültige Entscheidung in dieser Frage soll aber in den wenigen Tagen, die dem Reichstag vor den Ferien noch zur Verfügung stehen, nicht gefällt werden. Es besteht allgemein der Wunsch, die endgültige Regelung dieser Frage bis zum Herbst zu vertagen, da die dabei beteiligten Parteien erst ihre Parteinstellungen hören müssen. Es wird also zuerst bezüglich der politischen Konstellation aufeinander alles beim alten bleiben.

Deutschland soll in den Völkerbund. Wie die „Chicago Tribune“ mitteilt, hat die englische Regierung durch den englischen Botschafter in Berlin Lord d'Albany zu verstehen gegeben, Kaiser Wilhelms solle sofort um Aufnahme in den Völkerbund ersuchen, und

man habe ihm die englische Unterzeichnung versprochen, durch die die Aufnahme garantiert werde. Die Londoner Presse berichtet dazu, die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund werde gelegentlich nächsten Septembertagung in Genf beraten werden. Deutschland müsse, falls es seine Zulassung werden verbündet wünsche, diese jetzt bereits beantragen. Aber bis jetzt sei noch kein derartiger Schritt von Seiten Deutschlands erfolgt, und die deutsche Botschaft in London beschreibe, sie habe von Berlin noch keine dahingehenden Anweisungen erhalten.

Die deutsch-polnische Verhandlungen. Am 15. Juli fand in Warschau die erste Sitzung der deutsch-polnischen Konferenz statt. Der Bevollmächtigte der polnischen Regierung, Minister Dłuski, der Delegationschef auch an den Genfer Verhandlungen über Oberschlesien teilgenommen hat, eröffnete die Sitzung und begrüßte die deutsche Delegation namens seiner Regierung. Aufgabe der Verhandlungen, so führte der Redner aus, sei die Durchführung der zwischen beiden Teilen bereits abgeschlossenen Verträge und Übereinkünfte sowie die Lösung einer ganzen Reihe von Fragen, von denen das Zusammenleben beider Nationen abhängt, sowie das Zusammenwirken polnischen und Deutschlands unter der Parole des wirtschaftlichen Aufbaues Europas. In seiner Antwort betonte der Führer der deutschen Delegation Ministerialdirektor von Stoschmann, daß die deutsche Regierung von demselben Wunsch nach Verständigung getragen werde wie die polnische Regierung. Daraus entspann sich eine allgemeine Erörterung über die Fragen, die Gegenstand der Verhandlungen sein sollen.

75 Millionen für den Schutz der Republik. Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten haben im Reichstag einen Gesetzentwurf beantragt, durch den der Reichsminister der Finanzen ermächtigt wird, der Reichsregierung für Maßnahmen zum Schutze der Republik einen Kredit von vorläufig 75 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Zu welchem Zweck dieser Kredit, dessen Höhe immerhin beachtlich ist, im einzelnen dienen soll, ist nicht gesagt; auch ist entgegen den sonstigen Gesetzmäßigkeiten dem Gesetzentwurf keine Begründung beigegeben. Wie es heißt, soll dieser Fonds dem Reichskommisstell für die öffentliche Ordnung zur Verfügung gestellt werden zur Überwachung der Geheimorganisationen.

Reichsmündigkeit in Bayern! Bei der Beratung des Reichsstrafgesetzbuches im Reichsausschuß des Reichstages machte der bayerische Gesandte v. Freger noch einmal mit besonderer Schärfe die Gründe geltend, die die bayerische Regierung zur Ablehnung des Gesetzes veranlassen. Er wies einleitend auf das besonders stark ausgeprägte Stammes- und Staatsbewußtsein des Bayernvolkes hin, das sich in das Gefüge des Deutschen Reiches zuerst nur schwer einordnen wolle, dann sich aber im Reichsverbande durchaus wohl gefühlt habe. Heute müsse aber eine weitgehende Reichsmündigkeit in Bayern konstatiert werden. Diese gehe einmal auf die Kriegs-Zwangswirtschaft zurück, sodann auf die seit der Nationalversammlung immer stärker in die Erscheinung tretende Tendenz zur unitarischen Weisungsorganisation. Wenn auch der Einheitsstaat heute noch nicht in allen Teilen verwirklicht sei, so seien doch den Ländern die meisten wesentlichen Rechte jetzt Staatshoheit heute entzogen. Das Reichsstrafgesetzbuch bedeute die schwerste Antizipation der Reichshoheit der Länder. Ein Staat ohne Justiz- und Polizeiherrschaft verdiene den Namen eines Staates nicht mehr. Dem bayerischen Gesandten entgegengetragene Minister Dr. Köster, daß mit Ausnahme der bayerischen Regierung sämtliche Länderergerben im Reichsrat dem Entwurf ihre Zustimmung erteilt hätten. Am Sonntag nahm dann der Reichsausschuß das Gesetz gegen Rechte und Bayerische Volkspartei an.

Der rheinische Provinziallandtag fordert Aufhebung der „Sanktionen“. Die Tagung des rheinischen Provinziallandtages in Düsseldorf wurde von Vorstehenden mit einer Ansprache geschlossen, in der er die einmütige Auffassung aller Parteien des Hauses betonte, daß die Rheinlande von der nachsten dem Einfluß der Völker eine baldige Verringerung des Verfallens Vertrages erwarten und insbesondere zuversichtlich hoffen, daß das Unrecht der „Sanktionen“, das entgegen dem Friedensvertrag in der weiteren Verringerung der rheinischen Städte Düsseldorf und Duisburg bestehe, baldigst aufgehoben werde. Ferner hofften die Rheinlande, daß es der Reichs- und der Staatsregierung gelingen werde, die Forderung des Völkervertrages nicht zur Ausführung kommen zu lassen, monoch bestehende Bahnanlagen gesichert und Baupläne unternommen werden sollen, die für das rheinische Wirtschaftsleben dringend notwendig seien.

Die bayerische Landwirte gegen die Getreideumlage. Der bayerische Christliche Bauernverein, der unter Leitung Dr. Heims steht, hat in einer Entschlossenung ausgesprochen, daß er die Umlage als ein Zwangsvermögen als ein Unrecht beziehe. Als dringlicher Bauernverein siehe er auf gezieltem Waden und könne nicht mit Genatmitteln gegen das Gesetz an kämpfen. Er protestiere aber dagegen, lehne die Verantwortung ab und erkläre, nicht in der Lage zu sein, an der Durchführung eines Unrechtes mitzuwirken.

Unterirdische Fernsprechkabeln — sozialistisch. Die Reichsregierung beschäftigt, große Teile des oberirdischen Telegraphennetzes durch unterirdische Leitungen zu ersetzen, um den Fernverkehr von den Witterungseinflüssen unabhängig zu machen. Wegen diesen Plan hat die Entente neuerdings bei der Reichsregierung energische Vorstellungen erhoben. Der Hinweis der Reichsregierung darauf, daß eine solche technische Umgestaltung des Leitungsnetzes den Fernverkehr wesentlich verbessern werde, wurde von mehrer Frankreich und England sich einen solchen Schritt die Ausgaben hierfür von deutscher Seite völlig berechtigt wären, so lange Deutschland seine Schulden nicht bezahlt habe.

Durch Gesetz vom 9. Juni 1922 wird die Grenze der Versicherungs-
pflicht und Versicherungsberechtigung von 40 000 Mk. auf 72 000 Mk. erhöht.
Es ändern sich somit vom 1. Juli d. Jz. ab auch die Grundlöhne
und die Stufeneinteilung und zwar bleiben die Stufen 1 bis 11 unverändert,
dagegen lautet Stufe 12:

Arbeitsverdienst von über 75 Mk. bis 85 Mk., Grundlohn 80 Mk.
Wochenbeitrag 38,40 Mk. Neu hinzu kommen:
Stufe 13, Arbeitsverdienst über 85 bis zu 110 Mk., Grundlohn 100 Mk.
Wochenbeitrag 48 Mk.,
Stufe 14, Arbeitsverdienst über 110 Mk. und mehr, Grundlohn 120 Mk.
Wochenbeitrag 57,60 Mk.

Die Arbeitgeber werden aufgefordert, die Löhne der von ihnen Be-
schäftigten für die in Frage kommenden Lohnstufen unverzüglich hierher mit-
zuteilen, damit die Einstufung in die betreffenden Lohnstufen erfolgen kann.
Messungen, den 15. Juli 1922.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für
den Kreis Messungen (anschl. Stadt Messungen)
Viktor George

Qualitäts-Beiten
von hochfeinem, antiseptisch färbendigen Damenkopier,
Großes flächiges Oberblech, Linieren und 2 Klauen
mit 15 Pfund prima füllfähigen, antiseptischen Federn
netzt Mk. 3000,- mit feinen Halbdauen gefüllt Mk.
2200,- das obere Blech mit 15 Damendecke Mk. 4000,-
Bettfedern, Halbdauen, Dunnen, ansonst. staube-
Betten, freie, beste, auslesene Sorten, je
nach Qualität, Preis 125,-, 145,-, 165,- bis 300,-
Mk. Nichtgefällende Waren werden umgetauscht oder
Kaufpreis zurückbezahlt, daher kein Risiko. Verlangen Sie gratis unsere
Preisliste. Bei Bestellungen werden Porto und Verpackung nicht berechnet.
Viele freiwillig eingehende Dankschreiben beweisen meine Leistungs-fähigkeit.
Beiten - Bettfedern - A. u. M. Frankrons, Kassel 5
Engros - Versand - Detail
Grosse Kaserstraße 5, nächst dem Friedrich-Wilhelms-Platz.

Geschlechtsleiden!
Gonorrhöentleiden, Syphilis, Manneschwäche, Weichfluß,
ulm. kein Quecksilber, keine Einstrichung, keine Verunst-
faltung. Aufflärrende Prosdüre mit tausenden freibleibigen
Dankschreiben kostenlos in verschloß. Kuvert gegen 6
Mark auch in Marken für Doppel-Briefporto.
Dr. med. H. Seemann G. m. b. H.
Commerzfeld 262 Bez. Frankfurt a. O.
Spezialärztliche Leitung.

Heidelbeeren, Stachelbeeren,
Johannisbeeren, Himbeeren
kauft
Richard Mohr
Ia. Benzin
für Autos, Motoren etc.
Richard Mohr.

Stempel
liefert schnell und preiswert
Buchdruckerei.
Alte Zeitungen
als Einwickelpapier kauft
Richard Mohr.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme,
beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen
sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten
Dank. Besonderen Dank Herrn Barrer Schön-
wald für die trostreichen Worte im Hause und
am Grabe.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
C. Eukeroth und Frau
Spangenberg, den 19. Juli 1922

Baupolizeigebührenordnung.
(Fortsetzung)
§ 6. Diese Gebührenordnung tritt am 1. Juli 1922
in Kraft mit der Maßgabe, daß die Bestimmungen des
§ 1 auf diejenigen Bauten keine Anwendung finden, für
welche die Genehmigung spätestens am Tage der Veröffent-
lichung der Gebührenordnung beantragt wird. Entscheiden-
d ist der Tag des Einganges des Baugenehmigungsgeluches
bei der Baupolizeibehörde.
Dagegen unterliegen vom 1. Juli 1921 ab auch die
bereits vor diesem Tage genehmigten Bauten den Be-
stimmungen des § 2.
Berlin, den 8. Juni 1922
Zugleich im Namen der Herren Minister des
Innern und der Finanzen,
Der preussische Minister für Volkswohlfahrt.

Verschiedene Garnituren.
Nachdem sich der entsetzliche Widerpruchsgeist, der
nun einmal unwiderruflich in jedem Menschen teufelt, mit
der Tatsache des langen und weiten Ärmels abgefunden
hat - nebenbei bemerkt, hat diese Ärmelmode ihre
Ähnlichkeit in dem langen Ärmel vom fünfzehnten bis
sechzehnten Jahrhundert zu registrieren - wandte er seine
ganze Intensität der Garnitur zu und resignierte in diesem
Falle ziemlich bald, d. h. er sah ein, daß die schmale,
schlanke und infolge dessen einfache Schnittform die Garni-
tur ohne weiteres bedingte. Schreute der Kauf, daß die
Stückerei längst an Modereinheit verloren hätte, auch dieses
Frühjahr viele Mittelers aus ihrer wohlgefälligen Stük-
leidenenschaft, so erwies er sich schon nach wenigen, wenn
auch banger Wochen als unwahr. Die Stückerei ist und
bleibt eine sehr modische Garnitur, allerdings hat sie sich
jetzt dahin gewandt, daß große Flächen in fast nau-
ornamentaler Musterung und verblüffender Farbzusammen-
stellung die frühere naturalistische Art ablösen. Namentlich
Schleierstoffkleider werden, wie ich schon einmal
erwähnte, sobald sie einfarbig gehalten, mit Hilfe dieser
großflächigen Buntstückerei geschmückt, und zwar ist die
Vorstückerei dafür auslesener. Voraussetzlich wird sich
letztere auch noch längere Zeit in Anbetracht ihrer wirk-
samen und sehr aparten Art behaupten.
Anders dagegen wird die Stückerei von Blusen be-
handelt. Hier ist sie meist in derselben Farbe des Grund-
materials zu halten und sieht in unmittelbarer Harmonie
mit der anderen Garnitur (7085). Und diese andere
Garnitur ist in der Hauptsache Band, schmales, etwa 1/2 cm
breites Moiréband, falls Franzen in Frage kommen, 2/3
bis 3 cm breites Band, falls die aparte Garnitur von
7087 gewählt würde. Ich sage wohl nicht zu viel, daß
diese Bandgarnitur in der jetzigen Auffassung wohl das
Raffinierteste und zugleich Lebenswürdigste ist, um das
Weiche, Bewegliche der Frau in geistiger und körperlicher
Hinicht zu kennzeichnen. Vielfach sind die Bänder mit
kleinen angeordneten Fächern, sogenannten Pifois versehen,
und die Franzen aus Nordnetzeide, auch in ihrer späteren
Entwicklung aus Leeseband, hat dadurch etwas an Ansehen
verloren. Allerdings kommt diese Bandgarnitur ziemlich
kostspielig, da sie nur in sehr gutem soliden Material als
wirklich vornehm anzusehen wäre. Sollte daher bei
den Garnituren doch der Geldbeutel ein negatives Haupt-
wort mitsprechen, so kann mit etwas Mühe eine ebenso
moderne wie wirkungsvolle Garnitur geschaffen werden,
und das mit Hilfe der Viesenteperei. 1311 zeigt sehr
deutlich, in wie mannigfaltiger Weise ein Kleid damit ge-
schmückt werden kann, am besten eignet sich Gabardine
und die Sommerstoffe, Leinen und Jrotée, für diese Art
Garnitur.
Die Kostüme streben wieder mehr nach einer glänzen-
den Außenseite, trotz der einfachen Linie, und infolgedessen
wird oft die matte oder gelackte Dressgarnitur mit kleinen
Stahlnopfen abgeschlossen, wie ja auch verschiedene
Kleider, meistens Wolstoffkleider, ganze Stahlnopfen
als Schmuck erhalten.

Verschiedene Garnituren

1956. Jugendlich
wirkt dieses Jaden-
kleid aus beigefarbener
Gabardine. Die Step-
perei am Schoß der
Jade war in pfäun-
blauer Korbonets-
seide ausgeführt. Ver-
merksenswert an der
Jade wäre noch der
Stahlnopfen und
die notwendige Har-
monie der Bluse mit
der Stepperei.
Favorit-Schnitt
für dieses Kostüm ist
zu 18 M. in 80, 84,
88, 92, 96 cm Ober-
weite erhältlich. Bei
1,30 m Breite werden
3,60 m Stoff benötigt.

1311 zeigt ein gelbrota
Frottekleid, das seinen
Schmuck durch die Vies-
stepperei an Saum, den
eingesetzten weiten Är-
meln, Kragen (das Kleid
kann offen und ge-
schlossen getragen werden),
sowie der vorderen Kapsel-
passenaht erhält. Die
Weite des Kleides wird
in tieferer Taille-
linie durch einen braunen
Wildberggürtel einge-
halten.
Favorit-Schnitt
für das Kleid ist zu 18 M.
in 80, 84, 88, 92, 96,
104 cm Oberweite er-
hältlich. Bei 1 m Breite
werden 3,60 m Stoff
benötigt.

1958. Zu dem glatten,
gerade gereihten Kleid
wird eine sehr jugen-
lich wirkende, glatte
Seidjade getragen.
Sie erhält reizvollen
Schmuck durch die
gewölkte bunte Franze,
welche mit dem selb-
stgrauen Gabardinestoff
des Kostüms sehr gut
harmonisiert.
Favorit-Schnitt
kostet 18 M. in den
Größen 80, 84, 88,
92, 96, 104 cm Ober-
weite. Bei 1,30 m
Breite werden 3,10 m
Stoff gebraucht.

7087 huldigt der
jetzigen Kleiderei
für Bandgarnitur.
Die Mittelbluse, hier
aus zartilla Crepe
de Chine gefertigt,
erhält, wie die Ab-
bildung zeigt, Hüden
und Vorderteil mit
diesem Band verziert,
wie auch der Ärmel
eine derartige Band-
garnitur erhält. Das
Band muß lose fallen.
Favorit-Schnitt
ist hierfür zu 18 M.
in 88, 92, 96 cm Ober-
weite vorrädig. Bei
1 m Breite werden
1,95 m Stoff hierfür
gebraucht.

7085. Das Modell
zeigt eine Bamsbluse
aus goldgelbem China-
trepp. Die schwarze
Stückerei, die sich um
den breiten Gürtel
und das kurze an-
geschmückte Ärmel-
chen zieht, harmonisiert
mit dem sehr aparten
schwarzen Bamsstich
und der schwarzen
Schleife, die den
schmalen u. klebfamen
Schaltragen abschließt.
Favorit-Schnitt
ist zu 13 M. in 80,
84, 88, 92, 96 cm
Oberweite vorrädig.
Bei 1 m Breite werden
1,55 m Stoff benötigt.

1958

1311

19581